

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

32 (23.5.1946)

Ma 1946
AFT
Vorgeschlagen
Meldung des
den Vorschlag
an den Ausschuss
werden. Ein
um eine Reihe
Verleihen



BADISCHE FREIENACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH.
Hauptstadt a. Rh., Lamstraße 10-5, Tel. 405/123.
Erscheinungsweg: 5mal wöchentlich, Bezugs-
preis monatlich 1,20 RM (Ebersteinstr. 18) und
einmal monatlich (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang Karlsruhe, Donnerstag, 23. Mai 1946 Nummer 32 Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatlich Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60, zuzüglich RM 0,36 Zustellgebühr.
Anzeigenpreis: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2,- in Bezugsausg. RM 1,-. Amtl. Adz. die Hälfte.

Weltlebensmittelknappheit noch 3-4 Jahre

Hoover fordert „Lebensmittellam der Vereinten Nationen“ — 2. Sitzung der Welternährungskonferenz — Sonderhilfe für Kinder

Washington, 22. Mai. (DANA) In der Eröffnungsrede der Konferenz des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses der UNO erklärte Generaldirektor Sir John Boyd Orr, dass die Lebensmittelknappheit in der Welt noch drei bis vier Jahre anhalten werde. Er sagte, dass die Welternährungslage nicht günstiger werden wird, als nach der vorjährigen Ernte. Der amerikanische Landwirtschaftsminister Anderson erklärte in seiner Rede die Einrichtung eines „Lebensmittellams der Vereinten Nationen“, das mit dem 1. September die Aufgaben der UNRRA und der anderen internationalen Ernährungsorganisationen übernehmen sollte. Die Durchführung dieses Vorschlages stellte er im Programm auf, das im wesentlichen folgende Punkte enthält: 1. Die Lebensmittelknappheit soll unter der Aufsicht der Vereinten Nationen durch internationale Organisationen der UNO stehen. 2. Die Verantwortlichen soll unter der Aufsicht der Vereinten Nationen die Aufsicht über die Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmitteln übernehmen. 3. Die Verantwortlichen sollen die Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmitteln in den verschiedenen Ländern der Welt fördern. 4. Die Verantwortlichen sollen die Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmitteln in den verschiedenen Ländern der Welt fördern. 5. Die Verantwortlichen sollen die Produktion und den Vertrieb von Nahrungsmitteln in den verschiedenen Ländern der Welt fördern.

Ernährungsproblem vorrangigste Aufgabe
Präsident Truman richtete eine Begrüßungsbotschaft an die Konferenz, in der es heißt, jeder Schritt zur Besserung der Ernährungslage sei ein Schritt zum Aufbau und zur Sicherung des Friedens. Die Ernährung beruhe alle Welt unmittelbar und einschneidend alle politische Vorgänge, die sich häufig nur örtlich auswirken.
Stalins Antwort an Truman
Moskau, 22. Mai. (AP). Generalissimus Stalin hat, wie Radio Moskau am 21. d. Mts. bekanntgab, auf die Aufforderung des Präsidenten Truman zur Hilfeleistung der Sowjetunion bei der Überwindung der Welternährungslage geantwortet. Stalin bedauerte, daß die Aufforderung Trumans nicht 3 Monate früher erfolgt sei, denn damals habe die Sowjetunion noch freie Hand gehabt, sich der internationalen Unternehmungsaktion anzuschließen. Als die Botschaft Präsident Trumans Mitte Mai eintraf, habe die Regierung der Sowjetunion längst begonnen gehabt, große Mengen Nahrungsmittel nach Frankreich und anderen Ländern zu liefern, so daß die eigenen Vorräte bereits stark zusammenschmolzen waren.
Holland setzt Brotration herab
Den Haag, 22. Mai. (AP). Die Brotration in Holland wird nach einer amtlichen Mitteilung vom 26. Mai an von 2400 auf 2200 Gramm wöchentlich herabgesetzt. Die Maßnahme wurde auf eine Empfehlung des Internationalen Ernährungsamtes getroffen, um die holländischen Lebensmittelrationen den internationalen Ernährungsverhältnissen anzupassen. Die Zuckerration für Kinder unter fünf Jahren wird gleichzeitig von 250 Gramm auf 200 Gramm wöchentlich und die Fleischration von 150 Gramm auf 100 Gramm reduziert.

Aus aller Welt

London. Die ungarische Regierung hat Frankreich um Auslieferung Josephs und Alberts von Habsburg ersucht. Joseph von Habsburg soll während seiner Regierungszeit mit deutschen und ungarischen Faschisten zusammengearbeitet haben. Albert wird der Nazi-Propaganda und gegenrevolutionärer Betätigung beschuldigt. (AP)
London. Das englische Unterhaus hat den Gesetzesvorschlag zur Verstaatlichung der Kohlenbergwerke angenommen.
London. Im britischen Oberhaus wurde am Dienstag die ägyptische Frage debattiert. Lordkanzler Jowitt unterstützte den Vorschlag der Regierung, die britischen Truppen aus Ägypten abzuziehen.
Paris. Das Pariser Appellationsgericht hat ein Berufungsgesuch des französischen Massenmörders Dr. Marcel Petiot, der im April zum Tode verurteilt worden war, abgewiesen. Am Dienstagabend wurde bei Dr. Petiot eine Giftprobe entdeckt, die in Kleider eingetaucht war.
Mailand. Italien hat, wie der italienische Finanzminister Scoccimarro mitteilte, heute neun Millionen Arbeitslose, das sind 20 Prozent seiner gesamten Bevölkerung. Zehn Prozent der Bevölkerung leidet an Tuberkulose.
Kairo. Sir Ronald Campbell, der britische Botschafter in Ägypten, führte am Montag Besprechungen mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Ismail Sidky Pascha und Außenminister Lufty el Said über die Revision des anglo-ägyptischen Vertrages von 1936. Im Anschluß an die Unterredung erklärte Sidky Pascha, die Verhandlungen seien noch nicht bis zum Entwurf eines neuen Vertrages gediehen. Sie würden jedoch in beiderseitigem guten Einvernehmen weitergeführt. (AP)
Bukarest. Das rumänische Kabinett beschloß am Montag die Anerkennung der spanisch-republikanischen Exilregierung Dr. Giral.
Belgrad. Das jugoslawische Parlament hat am Dienstag einstimmig den von Marshall Tito und dem tschechoslowakischen Premierminister Fierlinger am 9. Mai in Belgrad unterzeichneten Freundschafts- und Beistandsvertrag ratifiziert.
Teheran. Zwischen iranischen Regierungstruppen und serbeidischen Einheiten kam es am Dienstag zu Zusammenstößen an der Grenze.
Teheran. Der iranische Propagandaminister, Prinz Firuz, gab am Dienstag amtlich bekannt, daß die Truppen der Roten Armee auch die nordiranische Provinz Aserbeidschan bis zum 6. Mai, dem vorgeschriebenen Zeitpunkt, geräumt hätten. Aus New York wird die Nachricht bestätigt, daß Hussein Ala Informationen über die vollständige Räumung Irans erhalten hat.
Nanking. Kommunistische Truppen werden, wie die chinesische Zentral-Nachrichten-Agentur meldet, 50 Kilometer südwestlich von Tschangschan zusammengezogen, um die mandchurische Hauptstadt gegen die Regierungstruppen zu verteidigen, die in den letzten zwei Tagen 50 Kilometer nach Norden vorgestoßen sind. (AP)
Nanking. General George C. Marshall, der Sonderbeauftragte Präsident Trumans in China, wurde ermächtigt, über die Gewährung einer 500 Millionen-Dollarleihe an China nach eigenem Ermessen zu entscheiden.
Nanking. Dänemark hat nach einem am Montag hier abgeschlossenen Vertrag auf seine territorialen Rechte in China verzichtet. Beide Nationen kamen überein, sobald wie möglich Verhandlungen über einen umfassenden Freundschafts- und Handelsvertrag zu eröffnen. (AP)
Yokohama. Ein amerikanisches Militärgericht verurteilte am Montag einen Japaner zu lebenslänglichem und drei weitere zu 20 Jahren Gefängnis. Sie waren für schuldig befunden, zwei amerikanische Soldaten überfallen zu haben. (AP)

Wir wollten Norwegen friedlich besetzen

Raeders Invasions-Vorschlag — Hitler wollte schon 1938 einen Weltkrieg — Ausrottung der Juden im Osten

Bremen, 22. Mai. (DANA) Zu dem Buch des Raaeders, in dem von der Umsetzung des Versailler Vertrages und der Aufhebung, zunächst hinter dem Rücken der Reichsregierung, die Rede ist, erklärte Raeder, dies sei 1928 gewesen, als er noch nicht mit diesen Gedanken zu tun gehabt habe. Er habe nur ganz allgemein davon gewußt. Der Angeklagte mußte erklären, daß die plötzliche Aufstufung später von Wasser der Reichsregierung, jedoch hinter dem Rücken des Parlaments betrieben worden sei. Raeder erklärte gar weiter zu, daß ein Buch von Oberst Raeder, über die Eingliederung der Marine in den nationalsozialistischen Staat, in seinem, Raeders Buch geschrieben worden sei.
Hitler bestreite, die Offensivkraft der deutschen Marine gesteigert zu haben, obwohl er immer ausgesagt hat, den Personalstand der Marine von der festgesetzten Zahl von 15.000 auf 20.000 Mann erhöht, und die festgesetzte Quote von dem Bau von Schlachtschiffen um 20 Prozent überschritten zu haben.
Raeder sei stets bemüht gewesen, sagte der Angeklagte, die Marine im Zustand höchster Bereitschaft zu halten. Sie sei aber keineswegs in den Jahren des Dritten Reiches zu Angriffszwecken ausgebaut worden. Im weiteren Kreuzverhör erklärte Raeder, er habe noch bis August 1939 geglaubt, Hitler habe keine aggressiven Absichten gehabt. Nach seiner Aussage geschah die illegale Aufrüstung nur, um das Land besser zu versorgen, als man es durch den Versailler Vertrag erlaubt hatte.
Raeder bemerkte hierzu: „Wir wollen uns hier nicht verwehren. Ihr Marineplan war eine Vorbereitung auf den Krieg.“

terer „über den Haufen gerannt zu werden, wie bisher.“
Den Angriffsbefehl auf russische U-Boote vor Beginn des Krieges mit der Sowjetunion habe er für richtig gehalten, sagte Raeder weiter aus. Er gab ferner zu, ein Neutralitätsbündnis mit Belgien und Holland für bedeutungslos gehalten und den Vordring zu einer Invasion in Norwegen gemacht zu haben. Auf die Frage des Anklägers, wie es rechtfertigen wolle, unter falscher Flagge ein neutrales Land überfallen zu haben, erwiderte Raeder: „Wir wollten mit Norwegen gar nicht kämpfen, wir wollten es friedlich besetzen.“
Zu dem uneingeschränkten U-Bootkrieg führte Raeder aus, er habe sich immer für einen Handelskrieg nach Preisordnung eingesetzt und bei den geltenden Rechten soweit als möglich anzupassen. Von der Ausrottung der Juden in den östlichen Gebieten behauptet Raeder nichts gewußt zu haben.
„Das war mir als Soldat unmöglich“
Auf Raeders Aussage, er habe von der Ausrottung der Juden in den östlichen Gebieten nichts gewußt, sagte er: „Das war mir als Soldat unmöglich.“

praktischen Notwendigkeiten des europäischen Wiederaufbaus.
Washington, 22. Mai. (AP) Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes gab am 20. Mai über den amerikanischen Rundfunk einen Rechenschaftsbericht über die Pariser Außenministerkonferenz. „Wenn eine Welt an einem Mangel leidet und nach Frieden ruft, können wir den Abschluß des Friedens und den Abzug unserer Truppen aus den besetzten Gebieten nicht immer weiter hinausschieben“, erklärte Byrnes. Die Friedenskonferenz könne nicht solange hinausgezögert werden, bis die vier Nationen sich über jeden Punkt geeinigt haben. „Wenn unsere Zusammenarbeit im Frieden fehlschlägt, so kann es sein, daß wir erneut im Krieg zusammenarbeiten müssen.“
Byrnes fuhr fort, er hoffe zuversichtlich, daß die Friedenskonferenz noch in diesem Sommer zusammenberufen werde. Sollte es nicht der Fall sein, so würden die Vereinten Nationen sich gezwungen sehen, die Generalversammlung der Vereinten Nationen unter Artikel 24 der Charta um Friedensempfehlungen zu ersuchen. Byrnes forderte neben der Friedenskonferenz den Abschluß des Vertrages zu 25jähriger Kontrolle Deutschlands und die sofortige Zurückziehung der alliierten Truppen aus Osteuropa.
Als das wichtigste Einzelergebnis der Pariser Konferenz bezeichnet Byrnes das Abkommen zur Revision der italienischen Waffenstillstandsbedingungen, wobei die italienische Regierung die größtmögliche Freiheit erhielt, die ihr ohne einen formellen Friedensvertrag gegeben werden kann. Drei Hauptpunkte sind bei der Aufsetzung des Friedensvertrages für Italien zu regeln: Die Reparationen, die Kolonien und die italienisch-jugoslawische Grenze, vor allem die Stadt Triest.
Unsere Stellung zur Wiedergutmachungsfrage ist einfach. Wir würden vordringen, im Interesse des Friedens alle Wiedergutmachungspläne fallen zu lassen, würden jedoch Reparationszahlungen in beschränktem Umfang zustimmen, soweit diese nicht die italienischen Lebensquellen bedrohen. Wir haben nicht die Absicht, Mill. Dollars zu opfern, damit Italien Waren erzeugen kann, die dann als Reparationen an irgendeinen unserer Alliierten geliefert werden.
In der Triester Angelegenheit werde Amerika auch weiterhin auf eine Grenzschließung drängen, die in keiner Weise ethischen Grundsätzen widerspricht.
Amerika habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß die Kolonien unter die Treuhandschaft der Vereinten Nationen gestellt werden müßten, die die Wohlfahrt der Eingeborenen und die Unabhängigkeit des Landes zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt anstreben. Libyen und Eritrea sollten in zehn Jahren unabhängig werden.
Der Hauptgrund der Verzögerung beim Abschluß der Friedensverträge mit den Balkanländern war die Uneinigkeit des Rats bei der Festsetzung wirtschaftlicher Klauseln. Die Sowjetunion lehnte es ab, die Angelegenheit der freien Schifffahrt auf der Donau auf die Tagesordnung zu setzen.
Zu dem Friedensvertrag mit Deutschland erklärte Byrnes: „Wir hoffen, die Sowjetunion wird nach eingehender Prüfung des amerikanischen Vorschlages, einen 25jährigen Viermächtevertrag abzuschließen, zu der Überzeugung gelangen, daß wir den ehrlichen Wunsch haben, Deutschland abgerüstet zu halten und daß sie unseren Plan dann unterstützen wird.“
Abschließend sagte Byrnes, es sei die Politik Amerikas, unermüdetlich auf den Abschluß der Friedensverträge hinzuwirken und bereits vorher die Verminderung der Besatzungsarmee in allen Ländern zu erwirken. Wir haben schwerwiegende Probleme zu lösen, aber ich bin nicht entmutigt. Dies ist erst der Anfang unserer Offensive für den Frieden.“

Deutschland und Europa

Bremen, 22. Mai. (DANA). Das „Deutsch-amerikanische Informationsbüro“ in Bremen-Vegesack, das von der amerikanischen Militärbehörde errichtet wurde, hat bisher sieben Ausdrucks-Veranstaltungen durchgeführt, in denen Vertreter aller Parteien der Enklave Bremen zugelassenen Parteien zu Wort kamen.
Zur Aussprache am Sonntag, den 19. Mai, war der Beauftragte für die SPD der amerikanischen Zone, Dr. Schumacher, eingeladen worden. Vor Dr. Schumachers Rede, an der Angehörige der Dienststelle des deutsch-amerikanischen Informationsbüros teilnahmen, hielt dessen Leiter, Leutnant C. C. Coe, eine kurze Begrüßungsansprache, in der er auf den Zweck der Veranstaltung einging. Er wies darauf hin, daß der Krieg der Waffen zwar beendet worden, daß der Weg zur Erziehung des deutschen Volkes zur Demokratie aber noch kaum beschritten sei. Die deutsche Armee sei zwar besiegt, das deutsche Volk aber könne noch zu einer furchtbaren Gefahr werden, denn sein Kriegspotential liege in seinem Volk begründet. Deshalb müsse man den Kampf der Ideen offen ausfechten. Die verschiedenen Meinungen und Standpunkte zu hören und zu klären sei eine wesentliche Aufgabe des „Deutsch-amerikanischen Informationsbüros“.
Dr. Schumacher sagte, daß England und Amerika jetzt in das innereuropäische Schicksal verflochtene Faktoren geworden seien. Beide Staaten müßten die Konsequenzen daraus ziehen, gleichgültig, welche innerpolitischen Debatten diese Tatsachen in ihren eigenen Ländern erzeugten.
„Auch die deutsche Demokratie“, sagte Dr. Schumacher weiter, „hat eine große Geistesgeschichte, und ihre Entwicklung der Demokratie in Amerika und die Entwicklung des zeitigen Lebens dort kennt, der weiß, daß auch Deutsche ihren Anteil dazu beigetragen haben.“ Die Alliierten sollten während der Besetzungsjahre auch eine Aufgabe des Mitgestaltens haben.
In Deutschland sei infolge der letzten vierhundert Jahre deutscher Geschichte und infolge der

Fortsetzung auf Seite 2

Letzte Neuigkeiten

New York, 23. Mai. (AP) Der Weltfriedensrat vertrat sich, ohne eine Entscheidung in der iranischen Frage getroffen zu haben. Der amerikanische Delegierte Stettinius brachte den Antrag ein, die Behandlung der iranischen Frage zunächst aufzuschieben, da der Rat nicht über genügend Unterlagen verfüge, um weitere Beschlüsse fassen zu können. Die bisher vorliegenden Berichte seien zu widersprechend, um den Fall Iran als erledigt anzusehen. Hussein Ala führte aus, daß das Telegramm des persischen Ministerpräsidenten nicht als endgültige Bestätigung der völligen Räumung des Landes durch die Sowjettruppen betrachtet werden könne. Die persische Untersuchungskommission habe in erster Linie in den Städten Aserbeidschans Ermittlungen angestellt und nur etwa die Hälfte der Provinz besucht. Dagegen seien viele Sowjettruppen außerhalb der Städte eingekwartet und über diese Gebiete sei in dem Telegramm der iranischen Regierung nichts erwähnt. Die weitere Behandlung des Falles Iran wurde daraufhin auf Ersuchen des holländischen Delegierten von Kleffens auf unbestimmte Zeit vertagt.
Kommandant von KZ Moringen verhaftet
Hannover, 22. Mai. (DANA) Die Göttinger Kriminalpolizei verhaftete den ersten Kommandanten des Konzentrationslagers Moringen, den ehemaligen SS-Sturmabführer Flobr. Flohr hielt sich als Landarbeiter in einem Dorf in der Nähe Hannover verborgen.
Sonntagsfahrverbot im Kraftfahrzeugverkehr
Wiesbaden, 22. Mai. (DANA) Der Einsatz von Treibstoffen aller Art ist nach einer Mitteilung des Bevollmächtigten für den Nahverkehr für die Personenbeförderung in Kraftfahrzeugen an Sonn- und geschlichen Feiertagen ein Fahrverbot eingeführt worden. Motorräder, Personen- und Lastkraftwagen, Kraftomnibusse und Zugmaschinen dürfen an Sonn- und Feiertagen nur dann benutzt werden, wenn eine besondere Genehmigung des Sonntagsfahrverbotes des zuständigen Fahrberechtigten vorliegt. Die Fahrberechtigten dürfen solche Fahrverbot nur in besonderen Ausnahmefällen ausstellen.

Parteien zur Stadtratswahl am 26. Mai

SPD Die Aufgaben der Städte Von Oberbürgermeister Veit

Die Städte sind im Volksleben die neutralsten Punkte. In ihnen zeigt sich zuerst und am schmerzhaftesten, wenn im Zusammenleben des Volkes Störungen auftreten. Die Zusammenballung der Massen auf kleinem Raum erhebt auftretende Notstände auf ein hohes Maß in die Potenz und macht sie in eklatanter Weise offenbar. Deswegen rufen die Städte bei der Erfüllung der Aufgaben, die ihnen als Volkslebens notwendigen Aufgaben, die immer Aufgaben der Politik sind, im Vordergrund.

Man spricht von der Selbstverwaltung der Städte und meint damit die Verwaltungsform, in der es einer Körperschaft gestattet ist, unabhängig nach eigenen Entschlüssen sich selbst zu regieren. Zur Selbstverwaltung der Städte gehören die rein gemeindlichen Aufgaben, die in Einrichtungen und Organisationen verschiedener Art bestehen mit dem Zweck, dem Gesamtwohl der Gemeindeglieder zu dienen. Aber dieser Teil der gemeindlichen Selbstverwaltung ist schon lange der kleinste Teil ihrer Tätigkeit geworden. In zunehmendem Maße sind vor allem in den letzten Jahrzehnten vom Staat den Städten Aufgaben übertragen worden und diese Aufgaben sind von den Städten zu erfüllen unter Aufsicht und Kontrolle der Staatsorgane, so daß die Selbstverwaltung der Städte auf weiten Gebieten ausgeschlossen ist.

Man muß sich immer über diese Situation im klaren sein, um zu erkennen, wie wenig die Lösung städtischer Probleme der freien Beschlußfassung der obersten städtischen Verwaltungsinstanz, des Stadtrats, vorbehalten bleibt. Die Frage bei der Stadtverwaltung ist nicht, wie die Beschlüsse der obersten städtischen Verwaltungsinstanz, des Stadtrats, zu beschaffen sind, sondern, wie die Ausführung dieser Beschlüsse durch die verschiedenen Stellen, die in der Stadtverwaltung tätig sind, zu bewerkstelligen sind. Die Ausführung dieser Beschlüsse ist in der Stadtverwaltung nicht, wie in der Verwaltung höherer deutscher Stellen, in der die Ausführung der Beschlüsse durch die verschiedenen Stellen, die in der Stadtverwaltung tätig sind, zu bewerkstelligen sind.

Der britische Anklagevertreter Elyva Jones fragte den Zeugen zunächst, ob ihm Verstoß der Kriegermilitäre unter Raeder nach dem Oktober 1928 gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags bekannt geworden seien. Severing verneinte und behauptete, nie von dem Bau eines 750-T-Bootes in Spanien erfahren zu haben. Elyva Jones: „Wann zogen Sie den Schluß, daß mit der Nichtbefolgung der Bestimmungen von Versailles aggressive Absichten verbunden seien?“

Der Gestaltwächter Papen: „Hat Papen Gewalt angewendet, um den Putsch durchzuführen, der ihn am 20. Juli 1932 zur Macht brachte?“ Severing: „Er hat sich angeordnet. Nachdem ich mich geweigert hatte, ihn als Nachfolger anzuerkennen, erschien am 20. Juli abends der neuernannte Polizeipräsident von Berlin in Begleitung zweier Polizeibeamter bei mir. Ich fragte ihn, ob sie vom Reichspräsidenten ermächtigt seien, die Amtshandlung (Absetzung Severings) durchzuführen. Als sie bejahten, erklärte ich, daß ich mein Zimmer verlassen würde, um Blutrünstigkeiten zu vermeiden.“

Elyva Jones: „Wann erfuhren Sie erstmalig, daß Schacht Beziehungen zu den Naziführern aufnahm?“ Severing: „Im Jahre 1931 teilte mir die Polizei mit, daß Schacht Beziehungen mit den Nazis hatte.“ Elyva Jones: „Haben Sie im Jahre 1944 Verbindungen mit Schacht angeknüpft?“ Severing: „Nein, ich habe Schacht abgelehnt, da er mir als unsicherer Kantunist bekannt war.“

Stuttgart, 22. Mai. (DANA) In der Sitzung des vorläufigen Volkstretung am 23. Mai wurde die Gelegenheit gegeben, sein, erklärte der Präsident der vorläufigen Volkstretung Württemberg-Badens, Wilhelm Keil, gegenüber einem Pressevertreter, sich über die grundsätzlichen Punkte der Verfassung in Betracht kämen, auszusprechen. Der vorläufige Entwurf sei unter Zurückstellung einzelner Einzelheiten in erster Lesung durchberaten. Nach einer zweiten Beratung würde dieser Entwurf mit einem Bericht über seine Entstehung und die bei der Beratung erörterten wesentlichen Gesichtspunkte der Militärregierung vorgelegt.

Karl Severing als Zeuge

Fortsetzung von Seite 1

Raeder: „Ich war empört darüber.“ Sir David: „Haben Sie Ihre Empörung in die Tat umgesetzt?“ Raeder: „Das war mir als Soldat nicht möglich.“ Sir David: „Sie haben Ende März 1945 durch Absetzung des Goldenen Parteiabzeichens zum ersten Male protestiert, als Sie auf den Händen Ihres Freundes, Dr. Geßler, die Spuren seiner Forderungen durch die Gestapo sahen?“ Raeder: „Geßler kam aus dem Konzentrationslager und teilte mit, daß er bei seiner ersten Vernehmung gefoltert worden sei. Es war das erste Mal, daß ich von solchen Dingen erfuhr. Geßler hat mich, nicht zu Hitler zu gehen, denn dies passieren würde. Es war mir dann aber nicht möglich, Hitler noch zu erreichen.“

Sir David: „Das war Ihr erster Protest, ich danke Ihnen.“ Im Laufe der Nachmittagsitzung begann der russische Ankläger, Oberst Prokovi, das Kreuzverhör mit Raeder. Der Angeklagte betonte immer wieder, daß er nichts gegen den Überfall auf die Sowjetunion habe tun können, da es als Soldat unmöglich gewesen sei, den Gehorsam zu verweigern.

Im Verlauf der Dienstaussagen machte der Angeklagte Raeder Hindenburg und den ehemaligen Reichswirtschaftsminister Wilhelm Groener für die illegale Marineaufrüstung vor 1933 verantwortlich. Abschließend stellte der Angeklagte fest, daß Dönitz lediglich „taktischer Befehlshaber der U-Boote“ gewesen sei und daß er, Raeder, sich für die gesamte U-Boot- und Seekriegsführung voll verantwortlich fühle.

Der anschließende Entlastungszeugnis für Raeder aufgeführte ehemalige Reichsfinanzminister Karl Severing sagte aus, daß es sich bei den im Jahre 1928 durch Kapitän Lohmann vorgenommenen Etatveränderungen im Marineamt in Höhe von 5,5 bis 6 Millionen lediglich um eine „Bagatelle“ handelte habe, für die er, Severing, keine gewisse Verantwortung übernehmen habe. Von Raeder will der Zeuge den Eindruck einer ausländischen Persönlichkeit gehabt und geglaubt haben, daß der Angeklagte zu seinem Worte stehen würde.

Im folgenden belastete der Zeuge die Angeklagten von Papen, Göring und Schacht, indem er erklärte, daß Papen am 20. Juli 1932 durch Gewaltanwendung Reichskommissar von Preußen geworden sei, Göring in den KZ etwa 1500 sozialdemokratische und wahrscheinlich ebensoviel kommunistische Funktionäre ermordet habe und daß Schacht Hitler den Weg zur Macht geebnet habe.

Am 30. Januar 1933, so erklärte der Zeuge, seien er und seine politischen Freunde davon überzeugt gewesen, daß die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler Krieg bedeutete. Der britische Anklagevertreter Elyva Jones fragte den Zeugen zunächst, ob ihm Verstoß der Kriegermilitäre unter Raeder nach dem Oktober 1928 gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrags bekannt geworden seien. Severing verneinte und behauptete, nie von dem Bau eines 750-T-Bootes in Spanien erfahren zu haben.

Elyva Jones: „Wann zogen Sie den Schluß, daß mit der Nichtbefolgung der Bestimmungen von Versailles aggressive Absichten verbunden seien?“ Der Gestaltwächter Papen: „Hat Papen Gewalt angewendet, um den Putsch durchzuführen, der ihn am 20. Juli 1932 zur Macht brachte?“ Severing: „Er hat sich angeordnet. Nachdem ich mich geweigert hatte, ihn als Nachfolger anzuerkennen, erschien am 20. Juli abends der neuernannte Polizeipräsident von Berlin in Begleitung zweier Polizeibeamter bei mir. Ich fragte ihn, ob sie vom Reichspräsidenten ermächtigt seien, die Amtshandlung (Absetzung Severings) durchzuführen. Als sie bejahten, erklärte ich, daß ich mein Zimmer verlassen würde, um Blutrünstigkeiten zu vermeiden.“

Elyva Jones: „Wann erfuhren Sie erstmalig, daß Schacht Beziehungen zu den Naziführern aufnahm?“ Severing: „Im Jahre 1931 teilte mir die Polizei mit, daß Schacht Beziehungen mit den Nazis hatte.“ Elyva Jones: „Haben Sie im Jahre 1944 Verbindungen mit Schacht angeknüpft?“ Severing: „Nein, ich habe Schacht abgelehnt, da er mir als unsicherer Kantunist bekannt war.“

Zur kommenden Verfassung

Stuttgart, 22. Mai. (DANA) In der Sitzung des vorläufigen Volkstretung am 23. Mai wurde die Gelegenheit gegeben, sein, erklärte der Präsident der vorläufigen Volkstretung Württemberg-Badens, Wilhelm Keil, gegenüber einem Pressevertreter, sich über die grundsätzlichen Punkte der Verfassung in Betracht kämen, auszusprechen. Der vorläufige Entwurf sei unter Zurückstellung einzelner Einzelheiten in erster Lesung durchberaten. Nach einer zweiten Beratung würde dieser Entwurf mit einem Bericht über seine Entstehung und die bei der Beratung erörterten wesentlichen Gesichtspunkte der Militärregierung vorgelegt.

Der Verfassungsentwurf ist in zwei Hauptteile zerlegt, erklärte der Präsident im Hinblick auf die politischen Gesichtspunkte der Verfassung. „Der erste Hauptteil handelt von Menschen und seinen Ordnungen und legt die Grundrechte sowie die soziale und wirtschaftliche Ordnung fest. Der zweite Hauptteil handelt vom Staat. Er beruht auf dem Grundgedanken, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht.“ Neben dem Landtag sei eine zweite Körperschaft (Senat) vorgesehen, die jedoch nur etwa 24 Mitglieder zählen solle. Beide Körperschaften hätten gemeinsam einen Staatspräsidenten zu wählen, der die Regierung ernenne. Die Regierung bedürfe des Vertrauens des Landtages. Die Gesetzgebung stehe grundsätzlich dem Landtag zu. Dem Senat würde bei einfachen Gesetzen das Vetorecht einzerräumt, das jedoch durch eine Zweidrittelmehrheit des Landtages unwirksam gemacht werden könne.

Berücksichtigung von Deutschen, die Alliierte unterstützen

Frankfurt, 22. Mai. (DANA) Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, General Joseph T. Mc Narney, hat angeordnet, daß Deutsche, die während der Feindseligkeiten die alliierten Streitkräfte durch aktive Widerstandshandlungen und in ihnen während der Besetzung unterstützten, bei der Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfe leisten, bei der Durchführung der Wohnungsverhältnisse unter Unterbringung von Besatzungstruppen und zu ähnlichen Zwecken berücksichtigt werden sollen.

In dem Brief General Mc Narneys an seine kommandierenden Generale über die Berücksichtigung bestimmter Personen bei der Wohnungsverhältnisse heißt es: „Während des Nazi-Regimes haben viele nationaldeutsche Deutsche die Ausführung von Anordnungen der Naziregierung verhindert. Während der Feindseligkeiten auf deutschem Boden haben diese Deutschen unter Gefährdung ihres Lebens und Eigentums die Alliierten Streitkräfte durch aktiven Widerstand gegen die deutschen Besatzungstruppen unterstützt. Sie oder ihre Familienmitglieder haben oft ernstlich unter den Folgen der Besatzungstruppen gelitten. Während der Besetzung haben wieder dieselben Deutschen unsere Truppen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben Hilfe geleistet. An diese Personen wird es nun liegen, in Deutschland eine Regelung auf demokratischen Grundsätzen aufzubauen. Es ist mein Wunsch, daß diese Personen allen anderen Deutschen bevorzugt werden, wenn es sich um die Wohnungsverhältnisse für militärische Zwecke handelt.“

Um die Unterbringung von Besatzungstruppen, Verpflegung und militärischen Einrichtungen in der amerikanischen Besatzungszone zu erleichtern, sollen in solchen Fällen möglich berücksichtigt werden. Bei Beschlagnahme ganzer Bezirke sollen die Grenzen nach Möglichkeit so gezogen werden, daß sie die Bedürfnisse dieser Personen ausschließen. Als eine Beschädigung jedoch nicht zu vermeiden ist, sind sie berechtigt, die Besatzungstruppen zu verlassen. Lediglich Gegenstände, die zur Wohnung gehören, wie z. B. Kocheräte, Eisschränke, sind nicht zu entfernen. Bei zureichender Räumung wird man ihnen genügend Zeit und jede mögliche Unterstützung gewähren, eine neue passende Unterbringung zu finden, es werden ihnen mindestens vier Tage Zeit zum Umzug gegeben werden.

Die Militärregierung und die zuständigen Behörden werden an Hand von Aufzeichnungen und Untersuchungen entscheiden, welche Personen berechtigt sind, bevorzugte Behandlungen zu genießen.“

Mitarbeiter Herkin Bormanns verhaftet

Berlin, 22. Mai. (DANA) Mit der Verhaftung von Dr. Helmut von Humpel wurde gleichzeitig der „Schatz von Kremmünster“, ein Goldmünzensammlung im Werte von 4 Millionen Dollar, sichergestellt. Diese wertvolle Sammlung war durch die Nazis aus den österreichischen Klöstern in Kremmünster, Lambach, St. Florian, Schlägel und Wilhering geraubt worden und sollte zur Finanzierung Hitlers letzten Widerstandes in den Alpen dienen.

Humpel sagte bei seiner Vernehmung aus, daß er von Bormann in den Auftrag erhalten habe, die Goldmünzen nach Südtirol zu schaffen, wo die Wehrmacht ihren Kampf fortsetzen werde. Das schnelle Vordringen der Amerikaner verzögerte diesen Plan und nachdem Humpel die Münzensammlung einige Wochen in den Bergen verborgen hatte, hinderte er sie schließlich dem Fürstbischof von Salzburg vor der Bemerkung aus, es handle sich um die Rückgabe kirchlichen Eigentums.

Dort wurde die Sammlung jetzt von amerikanischen Sachverständigen aufgefunden und nach München zur Versteigerung überführt.

Verleugnung der Menschenwürde

Enthüllungen im Neue-Bremme-Prozess — Mörder von Malmady in Verteidigung

Frank, ist am Mittwoch in Prag öffentlich durch den Strang hingerichtet worden. Frank war am Dienstagmorgen durch den Prager Volksgerichtshof in sieben Punkten der Anklage, darunter die Zerstörung des Dorfes Lidice, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Frank wurde in folgenden Anklagen für schuldig befunden: 1. Zur Zeit der Gefahr für die tschechische Republik änderte er die Verfassung der Republik gewaltsam und übertrug die Staatsgewalt auf einen anderen Mann an den Vorbereitungen für München und für die Besetzung. 2. Er verbreitete und unterstützte die Nazibewegung, verleiht dem tschechischen Gebiet und zerstörte die nationale Moral und das Staatsbewusstsein der tschechischen Bevölkerung, besonders der Jugend, durch Sprachklassen und durch seine Anstrengungen, das „Protokoll“ mit deutschem Einfluß zu durchsetzen. 3. Im Dienste und im Interesse Deutschlands beging er offene Gewalttätigkeiten, ließ Geiseln festnehmen, drohte den Mitgliedern der Betriebsräte mit Erschießen, befahl und genehmigte sogenannte „Sonderbehandlung“ und richtete offene Drohungen gegen die tschechische Bevölkerung. 4. Im Interesse der deutschen Kriegsanstrengungen befohl er Zwangsmaßnahmen für die Arbeitseinsatz, die Verhaftung, wobei er den im Arbeitsministerium vorhandenen Gesetzentwurf einer neuen Sozialversicherung in seinen wesentlichen Grundzügen auseinandersetzte. Wir erinnern uns alle an jener lebhaften Debatte, die in öffentlichen, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen (insbesondere in der tschechischen Arbeiterbewegung) kritisiert, als irgend ein „Ausschluß“ der tschechischen Bevölkerung aus der Sozialversicherung im Jahre hinaufgetragen wurde. Damals war es schwer erkrankter Arbeitsminister Bock, der bestmöglich sein Leben für die Abwehr jener „sozialistischen“ Gesetzentwürfe einsetzte. Heute ist es der Arbeitsminister Kohl, der eine Gesundung der durch die Hitlerkrieg zerstörten Sozialversicherung herbeiführen will.

Das Urteil im Landsberger Prozeß

Augsburg, 22. Mai. (DANA) In der Freitagsitzung des Prozesses gegen 20 verschleppte Personen aus dem Lager Landsberg vor einem mittleren Militärgericht wurden weitere Zeugen der Angeklagten vernommen. Die Aktion der Militärpolizei zur Herstellung der Ruhe und Ordnung leitete, erkannte in dem Angeklagten Elyva Jones einen der Leute, die gegen die Militärpolizei Steine geworfen hatten. Der Zeuge erklärte weiter, er habe sich, um unnützes Blutvergießen zu verhindern, ohne Waffen zu den Verscheleppten begeben. Die Freilassung dreier von der Militärpolizei Verhafteten zugestanden und die Abführung der Angeklagten Nußbaum verweigert. Dabei sei es zu Widerstreitigkeiten des Angeklagten Rosen gekommen, doch hätten sich die Verscheleppten schließlich zurückgezogen. In einem Falle, wo zwei deutsche Zivilisten von mehreren Verscheleppten umringt am Boden lagen, habe er einschreiten müssen.

Aus den Zonen

Stuttgart, 22. Mai. (DANA) 19 Angeklagte wurden im Landsberger Prozeß gegen 20 wegen Aufruhrs angeklagte jüdische Verscheleppte vom Militärgericht in Augsburg am Mittwoch zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu zwei Jahren verurteilt. Der Angeklagte Abraham Goldberg wurde freigesprochen.

ParteiSekretär der LDP verurteilt

Wiesbaden, 22. Mai. (DANA) Wegen feindseliger und abfälliger Äußerungen gegen die Alliierten wurde der Parteisekretär der Liberaldemokratischen Partei, Ernst Luge, vom Oberen Militärgericht in Frankfurt zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilverkündung hieß es, daß nur die Tatsache, daß Luge seine Bemerkungen bei einem „verhältnismäßig“ kleinen Zuhörerkreis machte, ihn vor einer höheren Strafe bewahrt habe.

Das freie Wort

Stimme der Parteien

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Vom Wahlrecht an den Karlsruher Stadtratswahlen sind ausgeschlossen: Personen, die der NSDAP angehört haben, die nach diesem Wahlrecht aktive Mitglieder, die nach diesem Wahlrecht eingetretene sind. Ich war weder Aktivmitglied, noch passiv Mitglied, sondern ein gewöhnlicher Bürger, der sich dem NSDAP angeschlossen hat. Ich habe mich dem NSDAP angeschlossen, um die Ziele der NSDAP zu verfolgen, die nach diesem Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Die amtl. Prüfungsergebnisse von über 1000 Fragebogen in der amerikanischen Besatzungszone ergab, daß 1 Prozent den Beweis erbracht, nichtsozialistische Betätigung erbracht. Es wurden wohl nicht so viele sind, die vor dem 1. Mai 1937 in der NSDAP waren, um die Wahlen teilnehmen zu können, sonst hätte die Militärregierung dieses Gesetz nicht erlassen. Das Gesetz, welches den nach dem 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetretenen Personen endgültig beweisen kann, sie keine aktiven Mitglieder waren, dürfte Gesetz Nr. 104 vom 5. März 1946 sein. Die Kandidaten selbst können wohl auch nicht nachweisen, als mehrmals ihr Leben für die Demokratie eingesetzt zu haben.

Herr Franz Kühn, Bruchhausen schreibt: „Herr Frau Rexin aus Kitzingen scheint überfordert zu haben, daß durch die meisten Finanzämter die Forderungen erziehen, die Zinsen für die staatlichen Beträge weiter zu bezahlen oder die Beträge völlig zu löschen. Leider gibt es viele Frauen, deren Männer noch nicht zurückgekehrt sind und die nicht in der Lage sind, Zinsen zu bezahlen. In der Kinderbewilligung, die den meisten Familien, welche diese Forderungen haben, heute alle in Anspruch nehmen. Und es ist und wird doch immer noch, daß, wenn es zalt ein Opfer zu bringen, die Schuld zu bezahlen, die Ärmsten an erster Stelle stehen.“

Theorie und Praxis

An den Plakatsäulen kleben weiß-blaue Wahlplakate der CDU, die fordern, daß die Parteien ihren Willen und soziale Gesinnung nicht durch die Zerstörung des Dorfes Lidice, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Frank wurde in folgenden Anklagen für schuldig befunden: 1. Zur Zeit der Gefahr für die tschechische Republik änderte er die Verfassung der Republik gewaltsam und übertrug die Staatsgewalt auf einen anderen Mann an den Vorbereitungen für München und für die Besetzung. 2. Er verbreitete und unterstützte die Nazibewegung, verleiht dem tschechischen Gebiet und zerstörte die nationale Moral und das Staatsbewusstsein der tschechischen Bevölkerung, besonders der Jugend, durch Sprachklassen und durch seine Anstrengungen, das „Protokoll“ mit deutschem Einfluß zu durchsetzen. 3. Im Dienste und im Interesse Deutschlands beging er offene Gewalttätigkeiten, ließ Geiseln festnehmen, drohte den Mitgliedern der Betriebsräte mit Erschießen, befahl und genehmigte sogenannte „Sonderbehandlung“ und richtete offene Drohungen gegen die tschechische Bevölkerung. 4. Im Interesse der deutschen Kriegsanstrengungen befohl er Zwangsmaßnahmen für die Arbeitseinsatz, die Verhaftung, wobei er den im Arbeitsministerium vorhandenen Gesetzentwurf einer neuen Sozialversicherung in seinen wesentlichen Grundzügen auseinandersetzte. Wir erinnern uns alle an jener lebhaften Debatte, die in öffentlichen, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen (insbesondere in der tschechischen Arbeiterbewegung) kritisiert, als irgend ein „Ausschluß“ der tschechischen Bevölkerung aus der Sozialversicherung im Jahre hinaufgetragen wurde. Damals war es schwer erkrankter Arbeitsminister Bock, der bestmöglich sein Leben für die Abwehr jener „sozialistischen“ Gesetzentwürfe einsetzte. Heute ist es der Arbeitsminister Kohl, der eine Gesundung der durch die Hitlerkrieg zerstörten Sozialversicherung herbeiführen will.

Stimme der Parteien

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Vom Wahlrecht an den Karlsruher Stadtratswahlen sind ausgeschlossen: Personen, die der NSDAP angehört haben, die nach diesem Wahlrecht aktive Mitglieder, die nach diesem Wahlrecht eingetretene sind. Ich war weder Aktivmitglied, noch passiv Mitglied, sondern ein gewöhnlicher Bürger, der sich dem NSDAP angeschlossen hat. Ich habe mich dem NSDAP angeschlossen, um die Ziele der NSDAP zu verfolgen, die nach diesem Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Theorie und Praxis

An den Plakatsäulen kleben weiß-blaue Wahlplakate der CDU, die fordern, daß die Parteien ihren Willen und soziale Gesinnung nicht durch die Zerstörung des Dorfes Lidice, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Frank wurde in folgenden Anklagen für schuldig befunden: 1. Zur Zeit der Gefahr für die tschechische Republik änderte er die Verfassung der Republik gewaltsam und übertrug die Staatsgewalt auf einen anderen Mann an den Vorbereitungen für München und für die Besetzung. 2. Er verbreitete und unterstützte die Nazibewegung, verleiht dem tschechischen Gebiet und zerstörte die nationale Moral und das Staatsbewusstsein der tschechischen Bevölkerung, besonders der Jugend, durch Sprachklassen und durch seine Anstrengungen, das „Protokoll“ mit deutschem Einfluß zu durchsetzen. 3. Im Dienste und im Interesse Deutschlands beging er offene Gewalttätigkeiten, ließ Geiseln festnehmen, drohte den Mitgliedern der Betriebsräte mit Erschießen, befahl und genehmigte sogenannte „Sonderbehandlung“ und richtete offene Drohungen gegen die tschechische Bevölkerung. 4. Im Interesse der deutschen Kriegsanstrengungen befohl er Zwangsmaßnahmen für die Arbeitseinsatz, die Verhaftung, wobei er den im Arbeitsministerium vorhandenen Gesetzentwurf einer neuen Sozialversicherung in seinen wesentlichen Grundzügen auseinandersetzte. Wir erinnern uns alle an jener lebhaften Debatte, die in öffentlichen, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen (insbesondere in der tschechischen Arbeiterbewegung) kritisiert, als irgend ein „Ausschluß“ der tschechischen Bevölkerung aus der Sozialversicherung im Jahre hinaufgetragen wurde. Damals war es schwer erkrankter Arbeitsminister Bock, der bestmöglich sein Leben für die Abwehr jener „sozialistischen“ Gesetzentwürfe einsetzte. Heute ist es der Arbeitsminister Kohl, der eine Gesundung der durch die Hitlerkrieg zerstörten Sozialversicherung herbeiführen will.

Stimme der Parteien

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Vom Wahlrecht an den Karlsruher Stadtratswahlen sind ausgeschlossen: Personen, die der NSDAP angehört haben, die nach diesem Wahlrecht aktive Mitglieder, die nach diesem Wahlrecht eingetretene sind. Ich war weder Aktivmitglied, noch passiv Mitglied, sondern ein gewöhnlicher Bürger, der sich dem NSDAP angeschlossen hat. Ich habe mich dem NSDAP angeschlossen, um die Ziele der NSDAP zu verfolgen, die nach diesem Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Das freie Wort

Stimme der Parteien

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Vom Wahlrecht an den Karlsruher Stadtratswahlen sind ausgeschlossen: Personen, die der NSDAP angehört haben, die nach diesem Wahlrecht aktive Mitglieder, die nach diesem Wahlrecht eingetretene sind. Ich war weder Aktivmitglied, noch passiv Mitglied, sondern ein gewöhnlicher Bürger, der sich dem NSDAP angeschlossen hat. Ich habe mich dem NSDAP angeschlossen, um die Ziele der NSDAP zu verfolgen, die nach diesem Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Die amtl. Prüfungsergebnisse von über 1000 Fragebogen in der amerikanischen Besatzungszone ergab, daß 1 Prozent den Beweis erbracht, nichtsozialistische Betätigung erbracht. Es wurden wohl nicht so viele sind, die vor dem 1. Mai 1937 in der NSDAP waren, um die Wahlen teilnehmen zu können, sonst hätte die Militärregierung dieses Gesetz nicht erlassen. Das Gesetz, welches den nach dem 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetretenen Personen endgültig beweisen kann, sie keine aktiven Mitglieder waren, dürfte Gesetz Nr. 104 vom 5. März 1946 sein. Die Kandidaten selbst können wohl auch nicht nachweisen, als mehrmals ihr Leben für die Demokratie eingesetzt zu haben.

Herr Franz Kühn, Bruchhausen schreibt: „Herr Frau Rexin aus Kitzingen scheint überfordert zu haben, daß durch die meisten Finanzämter die Forderungen erziehen, die Zinsen für die staatlichen Beträge weiter zu bezahlen oder die Beträge völlig zu löschen. Leider gibt es viele Frauen, deren Männer noch nicht zurückgekehrt sind und die nicht in der Lage sind, Zinsen zu bezahlen. In der Kinderbewilligung, die den meisten Familien, welche diese Forderungen haben, heute alle in Anspruch nehmen. Und es ist und wird doch immer noch, daß, wenn es zalt ein Opfer zu bringen, die Schuld zu bezahlen, die Ärmsten an erster Stelle stehen.“

Theorie und Praxis

An den Plakatsäulen kleben weiß-blaue Wahlplakate der CDU, die fordern, daß die Parteien ihren Willen und soziale Gesinnung nicht durch die Zerstörung des Dorfes Lidice, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Frank wurde in folgenden Anklagen für schuldig befunden: 1. Zur Zeit der Gefahr für die tschechische Republik änderte er die Verfassung der Republik gewaltsam und übertrug die Staatsgewalt auf einen anderen Mann an den Vorbereitungen für München und für die Besetzung. 2. Er verbreitete und unterstützte die Nazibewegung, verleiht dem tschechischen Gebiet und zerstörte die nationale Moral und das Staatsbewusstsein der tschechischen Bevölkerung, besonders der Jugend, durch Sprachklassen und durch seine Anstrengungen, das „Protokoll“ mit deutschem Einfluß zu durchsetzen. 3. Im Dienste und im Interesse Deutschlands beging er offene Gewalttätigkeiten, ließ Geiseln festnehmen, drohte den Mitgliedern der Betriebsräte mit Erschießen, befahl und genehmigte sogenannte „Sonderbehandlung“ und richtete offene Drohungen gegen die tschechische Bevölkerung. 4. Im Interesse der deutschen Kriegsanstrengungen befohl er Zwangsmaßnahmen für die Arbeitseinsatz, die Verhaftung, wobei er den im Arbeitsministerium vorhandenen Gesetzentwurf einer neuen Sozialversicherung in seinen wesentlichen Grundzügen auseinandersetzte. Wir erinnern uns alle an jener lebhaften Debatte, die in öffentlichen, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen (insbesondere in der tschechischen Arbeiterbewegung) kritisiert, als irgend ein „Ausschluß“ der tschechischen Bevölkerung aus der Sozialversicherung im Jahre hinaufgetragen wurde. Damals war es schwer erkrankter Arbeitsminister Bock, der bestmöglich sein Leben für die Abwehr jener „sozialistischen“ Gesetzentwürfe einsetzte. Heute ist es der Arbeitsminister Kohl, der eine Gesundung der durch die Hitlerkrieg zerstörten Sozialversicherung herbeiführen will.

Stimme der Parteien

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Vom Wahlrecht an den Karlsruher Stadtratswahlen sind ausgeschlossen: Personen, die der NSDAP angehört haben, die nach diesem Wahlrecht aktive Mitglieder, die nach diesem Wahlrecht eingetretene sind. Ich war weder Aktivmitglied, noch passiv Mitglied, sondern ein gewöhnlicher Bürger, der sich dem NSDAP angeschlossen hat. Ich habe mich dem NSDAP angeschlossen, um die Ziele der NSDAP zu verfolgen, die nach diesem Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Theorie und Praxis

An den Plakatsäulen kleben weiß-blaue Wahlplakate der CDU, die fordern, daß die Parteien ihren Willen und soziale Gesinnung nicht durch die Zerstörung des Dorfes Lidice, für schuldig befunden und zum Tode verurteilt worden. Frank wurde in folgenden Anklagen für schuldig befunden: 1. Zur Zeit der Gefahr für die tschechische Republik änderte er die Verfassung der Republik gewaltsam und übertrug die Staatsgewalt auf einen anderen Mann an den Vorbereitungen für München und für die Besetzung. 2. Er verbreitete und unterstützte die Nazibewegung, verleiht dem tschechischen Gebiet und zerstörte die nationale Moral und das Staatsbewusstsein der tschechischen Bevölkerung, besonders der Jugend, durch Sprachklassen und durch seine Anstrengungen, das „Protokoll“ mit deutschem Einfluß zu durchsetzen. 3. Im Dienste und im Interesse Deutschlands beging er offene Gewalttätigkeiten, ließ Geiseln festnehmen, drohte den Mitgliedern der Betriebsräte mit Erschießen, befahl und genehmigte sogenannte „Sonderbehandlung“ und richtete offene Drohungen gegen die tschechische Bevölkerung. 4. Im Interesse der deutschen Kriegsanstrengungen befohl er Zwangsmaßnahmen für die Arbeitseinsatz, die Verhaftung, wobei er den im Arbeitsministerium vorhandenen Gesetzentwurf einer neuen Sozialversicherung in seinen wesentlichen Grundzügen auseinandersetzte. Wir erinnern uns alle an jener lebhaften Debatte, die in öffentlichen, Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen (insbesondere in der tschechischen Arbeiterbewegung) kritisiert, als irgend ein „Ausschluß“ der tschechischen Bevölkerung aus der Sozialversicherung im Jahre hinaufgetragen wurde. Damals war es schwer erkrankter Arbeitsminister Bock, der bestmöglich sein Leben für die Abwehr jener „sozialistischen“ Gesetzentwürfe einsetzte. Heute ist es der Arbeitsminister Kohl, der eine Gesundung der durch die Hitlerkrieg zerstörten Sozialversicherung herbeiführen will.

Stimme der Parteien

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Vom Wahlrecht an den Karlsruher Stadtratswahlen sind ausgeschlossen: Personen, die der NSDAP angehört haben, die nach diesem Wahlrecht aktive Mitglieder, die nach diesem Wahlrecht eingetretene sind. Ich war weder Aktivmitglied, noch passiv Mitglied, sondern ein gewöhnlicher Bürger, der sich dem NSDAP angeschlossen hat. Ich habe mich dem NSDAP angeschlossen, um die Ziele der NSDAP zu verfolgen, die nach diesem Wahlrecht ausgeschlossen sind.“

Karlsruher SPIEGEL

Eugen Horning ?

Die leibliche Hülle des bekannten Karlsruher Publizisten Eugen Horning ist am 22. Mai 1946 in der Stadt Karlsruhe gestorben. Er war 78 Jahre alt. Eugen Horning war ein vielseitiger Publizist, der sich in den 1920er Jahren als Herausgeber der Zeitschrift "Der Spiegel" bekannt machte. Er war ein kritischer Denker und ein engagierter Publizist. Seine Werke sind heute noch von großer Bedeutung. Er war ein Mann, der sich für die Freiheit und die Gerechtigkeit einsetzte. Seine Werke sind heute noch von großer Bedeutung. Er war ein Mann, der sich für die Freiheit und die Gerechtigkeit einsetzte.

Polizeibericht

Bei einer Kontrolle der Fahrradtanken wurde eine Radfahrerin festgesetzt, die ein gestohlenen Fahrrad in Benutzung hatte. Außerdem ein Polizeibeamter wurde durch einen Verkehrsunfall verletzt. Ein Mann wurde durch einen Verkehrsunfall verletzt. Ein Mann wurde durch einen Verkehrsunfall verletzt.

Unerlaubte Mietpreiserhöhungen

Genehmigung der Preisbehörde erforderlich. Die durch den großen Mangel an Wohnräumen notwendig gewordene stärkere Belastung von Familienwohnungen bildet häufig Anlaß für Mietpreiserhöhungen. Manche Vermieter sind der Meinung, daß sie bei stärkerer Belastung einer Wohnung den Mietpreis dann erhöhen dürfen, wenn ihnen hieraus, z. B. durch die größere Abnutzung der Räume oder durch den Mehrverbrauch an Wasser und Licht, Mehrkosten erwachsen.

Wiederaufbaupläne in der US-Zone

Stuttgart, 22. Mai. (DANA) 210 000 Wohnungen sollen in einem Jahr nach der vom Unterstaatssekretär beim Länderrat vorgelegten Planung in der amerikanischen Zone instandgesetzt werden. Davon entfallen auf Württemberg-Baden 50 000. Auf Groß-Hessen 35 000 und auf Bayern 125 000. Dieses Ziel kann nach Schätzungen leitender Fachleute des Wirtschaftsministeriums Württemberg-Baden bei weitem nicht erreicht werden, weil weder die zur Herstellung der Baustoffe erforderliche Kohle noch die nötigen Arbeitskräfte in ausreichender Menge zur Verfügung stehen. In erster Linie werden Häuser, die bis zu 30 Prozent beschädigt sind, repariert werden. Die Durchführung des Instandsetzungsprogramms wird darüber hinaus durch den Bevölkerungszuwachs erheblich erschwert, für die über 30 000 Wohnungen benötigt werden. Dazu kommen die Anforderungen der Besatzungsmächte, für die im dritten Quartal dieses Jahres etwa 30 Prozent der vorhandenen Baustoffe abgezweigt werden müssen.

Austausch Evakuierter in der US-Zone

Der Flüchtlingsausschuß beim Länderrat gibt bekannt, daß alle seit dem September 1939 in den drei Ländern der US-Zone wohnhaften Evakuierten innerhalb der US-Zone bis zur endgültigen Unterbringung der Ostflüchtlinge nicht zwangsweise ausgetauscht werden sollen. Die Regelung gilt nur für den Austausch von Evakuierten innerhalb der US-Zone.

12 000 ausgewiesene Deutsche in Württemberg-Baden eingetroffen

Stuttgart, 22. Mai. (DANA) Über 12 000 ausgewiesene Deutsche aus Ungarn, Oesterreich und der Tschechoslowakei trafen nach einem Bericht der Militärregierung in der Woche vom 5.-12. Mai in Württemberg-Baden ein. 41 400 Kraftfahrzeuge in Württemberg-Baden zugelassen. Stuttgart, 22. Mai. (DANA) Die Zahl der in Württemberg-Baden zugelassenen Kraftfahrzeuge beläuft sich, wie der technische Leiter beim Bevollmächtigten für den Nahverkehr, Diplomingenieur Wolfgang Steck, erklärte, nach dem Stand vom 30. April auf 41 400. Im Januar liefen 32 900 Kraftfahrzeuge. Diese Zahl ist durch die Freigabe von Wehrmacht- und Beutefahrzeugen durch die Militärregierung erheblich gestiegen. Die Fahrzeuge wurden in erster Linie für Ernährungsbetriebe, Behörden und wichtige Geschäftsunternehmen zugelassen.

Zum Karlsruhe Ehrendienst

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Industrie-Gruppe "Bau", bittet uns um Veröffentlichung folgender Zuschrift: Jeder anbauwilliger Karlsruher wird den Aufträgen der Oberbürgermeisters begrüßt haben; besonders aber die Bauarbeiter. So tritt bei den Bauarbeitern ein größerer Aufschwung in Erscheinung; sehen sie doch, daß sie nicht allein dazu verurteilt sind, die Sünden der "Nazi" zu tragen. Wenn nun einige Kritiker mit dem Aufdruck sich nicht einverstanden erklären, können wir ihnen sagen, daß man vielleicht über die Form des Auftrages geteilter Meinung sein kann. Aber über die Sache selbst ist im klaren sein: Je eher der Saubere unserer Stadt besichtigt ist, desto eher kann der Wiederaufbau beginnen.

Wiederinstandsetzung der Werfthalle

Durch Krieseinwirkungen wurden die Werfthalle 1, 2 und 4 im Stadt Rheinhafen mit einer Lagerfläche von insgesamt rund 7500 qm zerstört, so daß nach Beendigung des Krieges noch die Werfthalle 3 mit einer Lagerfläche von ca. 6500 qm zur Verfügung stand. Diese Halle wird von der Militärverwaltung benützt. Der Oberbürgermeister und die Rheinhefenverwaltung bemühen sich, daß wenigstens die Werfthalle 1 wieder aufgebaut wird, wem wieder eine Lagerfläche von rund 3000 qm zur Verfügung stehen würde. Im Benehmen mit dem Beauftragten des Hauptquartiers der Militärregierung Württemberg-Baden für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Conrad in Stuttgart, sowie mit tatkräftiger Unterstützung des Stadtkommandanten der Militärregierung Karlsruhe, Major W. T. Neel, ist es nun gelungen, die nötigen Baustoffe soweit zu beschaffen, daß der Wiederaufbau der Werfthalle 1 in Angriff genommen werden kann.

Ein Gebet gib wieder

Zum 55. Geburtstag von Johannes R. Becher am 22. Mai. Ein Gebet gib wieder, ein seelenstärkendes, Deiner Gemeinschaft ein Gesetz, ein unabhängiges. Eine Spur mir im labyrinthischen Wald, darauf wenn ich trete, ich es bekenne: das ist der Pfad, auf dem ich einwanderer: knieend zu schauen einst legte Leuchten. — Wenn du aber nicht bist, der von dem ich wähne, daß du es seist: so schreibe es hin mit Feuerlettern, unfassbarer Dämon, auf daß auch dies ich noch sage: Von Schlamm bin ich. Zu Schlamm werde ich. Und Staub, den wir schlucken: das ist das Köstliche, was uns beschieden ist. — Aus dem Gedichtband "Hymnen".

Kleinkunst

In der zweiten Hälfte des Mai unterhält sich ein zahlreiches Publikum im "Roland" bei einem abwechslungsreichen Programm auf das Beste. Vom Tanz bis zum Schlagergesang ist so ziemlich alles vertreten, was zu einem richtigen Brettprogramm gehört. Den größten Erfolg erringt, das sei vorweggenommen, Erich Bergau mit seinem Schlagerinterpretationen, wobei er sich selber mit der Gitarre begleitet. Die dezente Art mit der er, frei von jeder Effekthaserei, vorträgt, sichert ihm reichen, wohlverdienten Beifall des begeisterten Publikums. Anja läßt bei der mühelosen Leichtigkeit, mit der sie ihren Elastikakt arbeitet, die große Schwierigkeit vergessen, die mit dieser Nummer verknüpft ist. Der Ansager Bela Darko sichert sich von vornherein den Erfolg dadurch, daß er in seinen Plaudereien immer das bringt, was das Publikum wünscht. Daß er ein geistreicher Plauderer ist, beweisen die Pointen, bei denen allerdings das hochverehrte Publikum nicht ganz zündet! Schellig und Schella kommen mit ihrer Nummer auf der kleinen Bühne nicht ohne ein wenig Witz aus. Die beiden sind als Besessenen schwieriger Arbeit verdient hätten. Die Tänzerin Beatrice Durand kann durch ihr etwas farbloses, auch technisch nicht ganz einwandfreie Darbietungen nicht voll befriedigen. Die musikalische Untermalung wird von der kleinen Kapelle zum Teil recht ansprechend besorgt.

Ein Dante-Abend

Der Volkbund für Dichtung widmete seine Veranstaltung am Montag wieder einem der Großen in der Weltliteratur: dem Dichter Dante Alighieri. Der ausverkaufte Saal bewies das lebhafteste Interesse der Öffentlichkeit an dem übernationalen Bereich geistiger Schätze. Die Auswahl der vorgetragenen Gesänge war sehr glücklich; sie umfaßte die bekanntesten Episoden aus der großen Wanderung des Dichters durch die Hölle über die Erde bis zur Verkörperung in den Geliebten der Seligen, u. a. den Eintritt in die Vorbölle und die Qualen der Lauen, die nach keiner Seite Stellung nahmen wollten, die unvollkommene Liebe Paolo und Francesca, die Verweigerung des Grafen Ugolino, den Kerker der Hunger trieb, sich an seinen Söhnen zu vergreifen. Aber auch hellere Bilder aus den späteren Gesängen wurden gebracht: Das Zusammenfinden am Berg der Lustigung mit Cato dem Weisen, der den Weg zur Reinigung weist, Dantes Wiedersehen mit Beatrice, der geliebten Frau, die ihm in reiner Hölle zur Führerin wird, und als Abschluß das Gebet des heiligen Bernhard an die Gottesmutter um gnadenvolle Aufnahme des Dichters.

Historische Wahrheit

Unsere Veröffentlichung "Demokratie einst und jetzt" berührt ein Problem, das für unser Volk von erster Bedeutung ist: Die Geschichtsschreibung. Wir geben dem Leser eine Übersicht über die geschichtlichen Ereignisse in objektiver Sachlichkeit bekannt. Sehr geehrter Herr Hug jr.! Gestatten Sie, daß ich der Erwiderung des Herrn Bopp in den "Badischen Neuesten Nachrichten", Nummer 27, vom 11. Mai 1946, folgenden beifüge: Wenn Sie auch kein Pz waren, so erzieht man doch aus Ihren Zeilen, daß Ihr Geschichtsbild von willkürlichen machtorientierten Jugendzeitschriften der Aera Tirpitz-Ludendorff-Nachfolger reformiert ist, die ihre Gewaltpolitik und Fehler mit verzerrter Geschichtsdarstellung und Lüge zu beschönigen pflegten. Gerade hier in Karlsruhe sei zur Propagandazwecke des sogenannten "Karlsruher Kindermordes" folgendes festgestellt: Beim ersten größeren Fliegerangriff unserer Stadtgeschichte warfen am 15. Juni 1915 innerhalb einer Stunde trotz starken Abwehrfeuers 23 französische Flieger Bomben. Es waren 25 Todesopfer und eine große Anzahl Verletzte zu beklagen. Für damalige Zeiten war das Schicksal bedeutend. Etwa ein Jahr später war das Fronleichnamfest 1916, der schwarze Tag, an dem während einer Nachmittagsvorstellung über 100 Kinder infolge fahrlässigen Verhaltens der zuständigen Stellen ums Leben kamen. Gewarnt durch das Ereignis des Vorjahres hätte natürlich, fern von Luftschreibern, eine derartige Menschenversammlung gar nicht zugelassen werden dürfen. Eine große Zeltstadt mit Stallungen usw. ohne Rotes Kreuz in dem Hauptapparat hinter der Front mußte dem Angreifer, der sicher nur ein militärisches Ziel zu treffen suchte, als solches erachtet werden. Das "Kindermord" ist also, gerade gesagt, nicht zu vertreten (verantwortunglos) und unbehelbar hat man überzogen 1943 wiederum das Gastieren eines Wanderzirkus mehrere Wochen lang im Zentrum gestattet).

Wirtschaftsamt

Wegen Verteilung von Schuhen in einer Sonderaktion bleibt das Stadt. Wirtschaftsamt, Gartenstraße 53, aus technischen Gründen bis auf weiteres geschlossen. Die Bevölkerung wird gebeten, Anträge nur bei den Bezirksstellen einzureichen. Die Bearbeitung der eingehenden Anträge gewährleistet ist und die Bezugscheine kurzfristig an die Bevölkerung ausgegeben werden können. Persönliche Vorfragen und schriftliche Erinnerungen sind während dieser Zeit beim Wirtschaftsamt zwecklos.

Amerikanische und alliierte Gräber

Zur rastlosen Erfassung der auf dem Gebiet der Stadtkreise Karlsruhe liegenden Gräber von Soldaten der amerikanischen und alliierten Armeen wird die Bevölkerung aufgefordert, über die noch außerhalb der Friedhöfe der Stadt Karlsruhe einschließlich Karlsruhe-Durlach und der Vororte liegenden Soldatengräber zweifelhafte Mittelteilnahme unter Angabe der genauen Lage der Gräber und evtl. Grabinschriften zu machen. Die Mitteilungen sind unmittelbar an das Ständesamt Karlsruhe zu richten.

KZ-Bund und Politisch Verfolgte

Die bei uns gemeldeten Mitglieder des KZ-Bundes und Politisch Verfolgte der Stadt- und Landkreise Karlsruhe, die ihre neuen Fragebogen noch nicht abgegeben haben, werden höchst herzlich gebeten, diesen unverzüglich auf der Geschäftsstelle, Erbprinzenstr. 31/33, in den Nachmittagsstunden zwischen 16 und 18 Uhr abzugeben. Der Vorstand.

„Musik und Dichtung begleitet dich durchs Leben“

Unter diesem Motto veranstaltet die kath. Jugend von Durlach am vergangenen Sonntagabend (19. 5.) im Christkönigshaus eine musikalische Abendfeier, die einen ausgezeichneten künstlerischen und Publikumsverfolg hatte. Kolan Geier als Sprecher der kath. Jugend von Durlach begrüßte die zahlreich erschienenen Freunde der Jugend und Kunst und stellte mit Genugtuung fest, daß die Durlacher kath. Jugend bis heute die ihr gestellten Aufgaben erfüllt habe. Bereits zum dritten Male seit Kriegsende trete sie

Schulgebäude für Unterrichtswecke

Heidelberg, 22. Mai. (DANA) Alle Schulgebäude in der amerikanischen Besatzungszone sollen nach einer Mitteilung des amerikanischen Hauptquartiers wegen der Knappheit an Schulraum so bald wie möglich von amerikanischen Truppen geräumt und ihrer Bestimmung wieder übergeben werden.

Vorbildliche Zusammenarbeit

Ein erfreuliches und nachdemwertes Beispiel von Zusammenarbeit geben die evangelische und die katholische Kirchengemeinde in Bretten. Am Sonntag, 2. Juni, wird dort das Oratorium von J. Haydn „Die Schöpfung“, und zwar nachmittags 19.30 Uhr in der katholischen Kirche, abends 19.30 Uhr in der evangelischen Kirche, aufgeführt. Solisten: Fr. Tilly Harsch, Bretten, die Herren Werner Schupp, Karlsruhe, Friedrich Dalberg, Heidelberg. Leitung: Prof. Dr. Hermann Meinhard Poppen. Der Reinerlös ist zur Betreuung der Ostflüchtlinge bestimmt.

Unionpartei Kongress über Zusammenschluß der „Zonen-Parteien“

Berlin, 22. Mai. (DANA) Über den organisatorischen Zusammenschluß der Christlich-demokratischen Parteien aus den vier Besatzungszonen soll nach einer Mitteilung der Presseabteilung der Christlich-demokratischen Union, Berlin, auf der Berliner Parteikonferenz am 15. bis 17. Juni beraten werden.

Einige Zusammenhänge mit den eingeleiteten Maßnahmen zur Vereinigung der Christlich-demokratischen Parteien der britischen und der amerikanischen Zone stellte die in Berlin erscheinende „Neue Zeitung“ am 15. Mai fest: „Es handelt sich dabei nicht um ein Unternehmen, das die Union in der russischen Zone zu ignorieren beabsichtigt.“

„Auch im deutschen Westen und Süden sind in persönlichen Aussprachen mit Vertretern aus dem Osten immer deutlicher erkannt, daß die Union in der sowjetischen Zone eine nicht hoch genug zu bewertende, vielleicht sogar eine entscheidende Funktion im gesamtdeutschen Raum zu erfüllen hat.“

Die Aufwendungen für öffentl. Fürsorge in der amerikanischen Zone

München, 22. Mai. (DANA) Die Regierungen der drei Länder in der amerikanischen Besatzungszone haben nach Bekanntgabe im letzten Wochenbericht der amerikanischen Militärregierung ihre Budget-Voranschläge für das Finanzjahr 1946 für die öffentliche Fürsorge aufgestellt. Das Finanzjahr umfaßt die Zeit vom 1. April 1946 bis März 1947. Die Aufwendungen betragen: Bayern RM 1 098 200 000, Groß-Hessen RM 246 000 000, Württemberg-Baden RM 259 300 000.

Ehen zwischen Franzosen und Deutschen

Laut Auskunft des französischen Konsulats in Frankfurt sind Ehen zwischen Franzosen und Deutschen gütlich, wenn sie nach deutschem Recht geschlossen worden sind. Die Ehe muß von dem französischen Konsulat registriert werden, um sie in Frankreich bekannt zu geben. Es genügt, wenn einer der beiden Ehepartner mit der Heiratsurkunde vor dem französischen Konsulat erscheint. Konsulat für Nordbaden und Hessen: Frankfurt, Zepelinstraße 69. Konsulat für Südbaden: Baden-Baden. Konsulat für Nord-Württemberg und Bayern: München. Der Zusatz nach Frankfurt muß von dem französischen Ehepartner in Frankfurt bei der zuständigen Präfektur des Departements, in dem sich der Wohnort befindet, beantragt werden. Die Frauen behalten vorläufig ihre Staatsangehörigkeit (sie sind noch nicht Franzosen).

Wettervorhersage. Wolkig, zeitweise aufheiternd, brüchige Regenfälle, mäßig warm. Rheinverhältnisse. 21. Mai: Breisach 201, gest. 5, Maxau 422, gest. 19, Mannheim-Rhein 300, gest. 22, Mannheim-Neckar 290, gest. 13, 22. Mai: Breisach 215, gest. 2, Maxau 423, gest. 1, Mannheim-Rhein 303, gest. 3, Mannheim-Neckar 303, gest. 5.

Wort
arlsruhe, w
über Stadtr
in die der
diesem Zus
der Aktivit
sch, sondern
für, dazu g
persönliche
30. Januar
Originaltext
licher Beleg
der NSDAP
1. Januar 19
politischer
über 1 Mill
diesem Zus
Beweis an
Leben. Es
diesem 1. J
den 1. Mai
hien bezeug
Gesetzlich
die NSDAP
die Landes
einigen, die
auch nicht
für die D
n schreibt
schießt über
inzwischen
der die
oder über
der gibt
ch nicht
Lage sind
dehelfen
welche die
heute alle
noch immer
an erster
rieien
blau
seit
müssen
denen.
benso ist
sicherung,
sicherung,
in seiner
daß all
Krankes
und Allere
er Werkz
dabei z
diesen T
zelen
einen Be
ministerium
nein Sozial
Grundri
uns alle
öffentlich
inmunen
Altvers
Ausschuß
herauf
der, der
er, der
Arbeit
er durch
werden
wir folg
ung und
verschied
Verfah
einer Lan
n in den
ständiger
Einheits
19. 5. 19
zuzun
die, die
s, bis un
striktes
und sp
alleinige
nen nur
zum W
den d
deshalb
an
der Vor
wurden
deutung
und den
weises:
den auch
unter
im Arbeit
eine we
zur Be
brichen
zu. Die
den Ver
rbe 194
rkschaft
und
zu blanz
nisse zu
Deutschla
wäre das
altpolit
der Arbeit
zu 15
Länder
treten
träge er
Ziele der
Wakete
Friede
rkschaft
ndrie, G
Ereidn
Industri
Vereinzu
innen. D
dung des
indert
die Dur
destens
ten.
auf chri
im W
wellen
den be
tüm, er
tzen
sruhe

